WiSt
Wirtschafts-
wissen-
schaftliches
Studium

Heft 7–8 51. Jahrgang Juli/Aug. 2022

Gründungsherausgeber:
Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Dichtl †
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
Herausgeber:
Prof. Dr. Norbert Berthold
Prof. Dr. Michael Lingenfelder

Im Visier

Vertrauen verlangt Verantwortung

Die Wissenschaft wird mehr gebraucht denn je: Wie lässt sich eine Pandemie in Schach halten, ohne das gesellschaftliche Miteinander abzuwürgen? Wie lässt sich die Wirtschaft auf erneuerbare Energien umstellen, ohne unsere industrielle Basis zu zerstören? Wie setzt man wirksame Signale gegen den russischen Aggressor in der Ukraine, die man auch langfristig durchhalten kann? Schwere Fragen wie diese verlangen nicht nur nach Antworten der Natur- oder Technikwissenschaften, auch die Sozialwissenschaften, allen voran die Ökonomik, sind unverzichtbar. Schließlich geht es vielfach um die Entscheidungen und das Handeln von Menschen, nicht nur um Viren und Moleküle.

Doch aktuell stoßen Aussagen aus der Wissenschaft bisweilen auf harsche Kritik, die deren Möglichkeiten, ihren Beitrag zur Lösung dieser Fragen zu leisten, ernsthaft untergräbt. So hatte sich beispielsweise Bundeskanzler *Olaf Scholz* (SPD) Ende März in einer Talkshow über Modellrechnungen zu den potenziellen Auswirkungen eines Embargos von russischem Gas echauffiert: Es sei unverantwortlich, „irgendwelche mathematischen Modelle zusammenzurechnen, die dann nicht funktionieren". Damit lag er völlig falsch, denn es liegt nicht weniger als im Kern der Verantwortung von Ökonominnen und Ökonomen, Modellrechnungen zu relevanten volkswirtschaftlichen Fragen anzustellen.

Modellrechnungen, die von unterschiedlichen Teams mit unterschiedlichen Annahmen erstellt werden, können das Spektrum möglicher Zukünfte weit besser ausloten als Aussagen, die rein auf Plausibilität und Intuition beruhen. Sie liefern damit eine wertvolle Entscheidungshilfe – keine Handlungsvorschrift – für die Politik. Selbstverständlich kann es nicht die eine allein zutreffende Vorhersage geben. Das „Funktionieren" derartiger Modellrechnungen daran zu messen, ob ihre Vorhersagen später präzise eintreffen, wäre natürlich blanker Unsinn. Mittlerweile weist eine ganze Reihe von Abschätzungen aber recht ähnliche, wenngleich im Detail durchaus unterschiedliche Ergebnisse aus.

Und doch hatte der Bundeskanzler einen Punkt getroffen. Denn zu einer evidenzbasierten Politikberatung gehört weit mehr als die modellgestützte Verwendung einer möglichst reichhaltigen Datenbasis: Es ist unverzichtbar, bei der Vorstellung der eigenen Resultate die zentralen Annahmen offenzulegen, ohne die das Modell nicht „funktioniert" hätte, die man also einsetzen musste, um zu diesen Resultaten zu gelangen. Was würde voraussichtlich mit den Ergebnissen passieren, wenn diese Annahmen fehlschlügen? Im vorliegenden Falle der Berechnungen zum möglichen Gas-Embargo hätte dies vor allem bedeutet, die Frage der externen Validität der Ergebnisse offensiv zu diskutieren.

Denn diese Modellrechnungen haben eine Zukunft auszuloten versucht, die sich in vielerlei Hinsicht von der aktuellen Lebenswirklichkeit unterscheiden dürfte. Die zum Einsatz gebrachten Modelle wurden jedoch so kalibriert, dass sie die stabile Vergangenheit gut abbilden konnten. Um sie zu verwenden, muss man großes Vertrauen in die Stabilität der Reaktionsparameter besitzen und vor allem einen radikalen Strukturbruch ausschließen. Das sind sehr starke Annahmen: Es gibt einen Krieg auf europäischem Boden, und das soll keine disruptiven Verwerfungen auslösen? Man kann ein Gas-Embargo an- und beliebig wieder abschalten, ohne dass die Gegenseite mit einer Eskalation reagiert?

Dass die Wissenschaft derart starke Stabilitätsannahmen einsetzt, um in einer bedingten Prognose auszuloten, wie die mögliche Zukunft verlaufen könnte, ist völlig in Ordnung, solange sie das offen darlegt. Mittlerweile haben einige Modellrechnungen, etwa die der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2022, das auch ausdrücklich getan. Jedoch zu Anfang der Debatte nicht auf diese Begrenztheit der eigenen Modellrechnungen hinzuweisen, war in der Tat grob fahrlässig und ließ die an sich wertvolle Entscheidungshilfe für die Politik unvollständig bleiben. Zu einer bisweilen selbstverliebten Überhöhung der eigenen wissenschaftlichen Bedeutung trat mitunter sogar ein moralisierender Unterton.

Hier gilt es seitens unserer Disziplin abzurüsten, wenn der Schaden, den sie im Zuge dieser Diskussion genommen hat, begrenzt werden soll. Öffentlichkeit und Politik müssen unterscheiden können, wann es sich um die Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse handelt und wann um politischen Aktivismus im Gewand wissenschaftlicher Neutralität. Hier wären mehr Bescheidenheit und Demut angebracht, um verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt*, Essen

https://doi.org/10.15358/0340-1650-2022-7-8-1 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - CC BY